

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	26. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Juli 2016, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

35.

Punkt 31 der Tagesordnung: Unterzeichnung der „Barcelona-Erklärung“ vom 21. April 2016: CETA nicht ratifizieren, TTIP und TISA-Verhandlungen stoppen
Gemeinsamer Antrag der Stadträtinnen und Stadträte Dr. Ute Leidig und Johannes Honné (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, Parsa Marvi (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion, Lüppo Cramer und Uwe Lancier (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion, Sabine Zürn und Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 21. Juni 2016

Vorlage: 2016/0382

dazu:

Absetzung des Tagesordnungspunktes

Änderungsantrag der Stadträte Tom Høyem, Karl-Heinz Jooß und Thomas H. Hock (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion vom 13. Juli 2016

Vorlage: 2016/0449

Beschluss:

Einverstanden mit Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

17 Nein-Stimmen, ansonsten Zustimmung

Änderungsantrag: 17 Ja-Stimmen, ansonsten Ablehnung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 31 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Die FDP hat einen Antrag gestellt, der als Geschäftsordnungsantrag zu verstehen ist.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich spreche persönlich gerne stundenlang über die Vorteile sowohl von CETA als auch TTIP. Aber ich verstehe nicht, warum dieser Gemeinderat sich von einer politischen deutschlandweiten Kampagne missbrauchen lassen soll. Das ist ganz einfach Missbrauch dieses Gemeinderates. Deshalb schlagen wir vor, dass wir das absetzen.

Der Vorsitzende: Es gibt den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzen bzw. Nichtbefassung. Gibt es eine Gegenrede?

(Zurufe)

- Formal gibt es eine Gegenrede.

Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Der Antrag von Herrn Høyem ist klar. Das sind 17 Ja-Stimmen, damit ist der Antrag abgelehnt.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): CETA, TTIP, TISA, diese drei Handelsabkommen bewegen die Menschen. In Bayern haben sich innerhalb von einem Tag 50.000 Unterschriften gegen die Ratifizierung von CETA sammeln lassen.

Wir müssen offen über diese Handelsabkommen reden. Üblich ist, dass Unwissenheit die Ängste schürt. Bei diesen drei Handelsabkommen ist es anders. Je mehr sich die Menschen mit diesen drei Handelsabkommen beschäftigt haben, desto stärker sind sie dagegen. Wegen der gelebten Intransparenz in der Aushandlung dieser Abkommen vertrauen die Menschen der Politik nicht. Das wird befeuert, wenn wir heute nicht darüber reden.

Ich weiß nicht, ob die CDU und die Männerriege der FDP Zeitungen haben, aber heute konnten Sie in der Zeitung nachlesen, dass die kommunale Relevanz definitiv gegeben ist, dass die Stadtwerke, die zuständig sind für Daseinsfürsorge, für sauberes Wasser, selbst sagen, das ist ein kommunales Thema. Das ist ein Thema, das die Stadtwerke als kommunales Unternehmen betrifft. Es betrifft die Ausweisung von Wasserschutzgebieten. Es betrifft die Konkurrenz um Grundwasservorkommen. Es betrifft die Vergabe von Abwasser. Und es betrifft womöglich auch die Zulassung von Fracking.

Weitere Probleme dieser Abkommen sind – ich nehme jetzt einmal CETA als Beispiel, weil wir da gesicherte Erkenntnisse haben, es liegt mittlerweile öffentlich vor – eine Negativliste. Eine Negativliste, das bedeutet, von den Regelungen, von der Liberalisierung, die mit diesem Abkommen einhergeht, ist alles betroffen, was nicht auf der Negativliste steht. Wir wissen nicht, was in Zukunft auf die kommunale Selbstverwaltung zukommt. Wir geben damit alles, was in Zukunft auf uns zukommt, preis.

Bei den Vergabekriterien – das ist noch umstritten, gebe ich zu – sehen es die meisten Rechtswissenschaftler so, dass eine Kopplung von Vergaben an Mindestlohn und an Tariftreue und andere sozialen Kriterien mit CETA nicht mehr möglich ist. Bei Schiedsgerichte, die gegründet werden sollen, wurde nachgebessert. Aber sie lassen immer noch ein Sonderklagerecht für ausländische und multinationale Unternehmen zu. Da frage ich mich, wer verteidigt an der Stelle die kleinen und mittleren Unternehmen? Der Bundesverband für die mittelständische Wirtschaft hat sich dagegen ausgesprochen, weil diese Firmen kein Geld haben, vor diese Gerichte zu ziehen. Das ist teuer. Wenn ich meinen Sitz in Deutschland habe und hier brav meine Steuern zahle, dann kann ich den deutschen Staat nicht wegen einer Benachteiligung verklagen, wenn es so gemacht wird.

Dann gibt es das Thema Vorsorgeprinzip. Das ist das, was wir hier praktizieren. Wenn wir nicht wissen, dass ein Stoff ungefährlich ist, dann wird er nicht zugelassen. Erst, wenn wir beweisen, dass ein Stoff die Leute nicht gefährdet, oder was auch immer wir zulassen wollen, dann geben wir es frei. Das sogenannte wissenschaftsbasierte System, wie es in den USA und in Kanada gelebt wird, funktioniert fundamental anders. Da geht es darum, dass ein Unternehmen erst angreifbar ist, wenn zweifelsfrei wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass etwas schädlich ist. Dann wird auf Millionensummen geklagt. Ich will die Bürgerinnen und Bürger – die GRÜNE-Fraktion will das auch – vorher schützen. Ich will eingreifen, bevor der Schaden geschehen ist.

Wir freuen uns, dass auch aus der Bundesregierung, namentlich von Siegmund Gabriel, jetzt ein Zurückrudern kommt. Ein Einigungsprozess zwischen so einem Vorsorgeprinzip und einem wissenschaftsbasierten Vorgehen, wie es genannt wird, und zwischen den verschiedenen anderen Extrempolen ist ganz schwierig. Mittlerweile ist auch Siegmund Gabriel der Auffassung, dass diese Differenzen womöglich unüberbrückbar sind.

Was mich tierisch aufregt, ist, wenn Sie von der FDP sich pseudoliberal hier hinstellen, Sie erzählen etwas von Bürgerinteressen, Sie erzählen etwas von Marktwirtschaft, Oligopole und Monopole, das, was die Global Player

(Der Vorsitzende: Herr Konrad, wir verstehen Sie gut!)

und mittelständischen Unternehmen voraus haben, machen die Marktmechanismen kaputt. Der Markt funktioniert nicht mehr, wenn Monopole und Oligopole entstehen. Diese werden noch befeuert, wenn es Sonderrechte für große Unternehmen gibt.

Die Bürgerinnen- und die Bürgerrechte, das bedeutet auch, eine Transparenz zu schaffen. Das bedeutet, transparent die Dinge ausdiskutieren, die Bevölkerung mitzunehmen. Das bedeutet auch, darüber zu sprechen, wenn die Bürgerinnen und Bürger Sorgen haben.

Wir sind nicht gegen freien Handel. Aber Intransparenz, mangelnde Einbeziehung der Bevölkerung, Sonderklagerechte für große Konzerne, die Absenkung sozialer und ökologischer Standards und ein Privatisierungszwang sind für uns gute Gründe, gegen diese Handelsabkommen in der ausgehandelten Version zu stimmen. Freier Handel ja, so aber nicht.

Stadtrat Maier (CDU): Wir sind beim letzten Antrag der heutigen Sitzung angekommen. Er steht somit genau an der richtigen Stelle. Dieser Antrag ist wirklich das Allerletzte.

Bereits in der Sitzung am 24.11.2015 wurde in diesem Hause

(Der Vorsitzende: Könnten Sie insgesamt ein bisschen abrüsten, denn das ... - Unruhe, Zurufe; **Stadtrat Hofmann/CDU:** Jetzt ist aber mal gut! Da wird man persönlich angegriffen. Das ist eine Frechheit! **Der Vorsitzende:** Herr Hofmann, ich habe bei Ihnen auch eingeschritten. Ich habe jetzt gesagt, bitte in bisschen

abrüsten. Das bezog sich auf das Temperament. Da habe ich Herrn Konrad gebremst. Und ich versuche jetzt, Herrn Maier zu bremsen.)

Bereits in der Sitzung am 24.11.2015 wurde in diesem Hause schon einmal eine ähnliche Thematik aufgezwungen. Schon damals habe ich mich geärgert und in meiner Stellungnahme der CDU versucht, Fakten zu nennen. Schon damals habe ich gesagt, dass Karlsruhe durch den Städtetag bei dieser Thematik gut vertreten ist. Der Zungenschlag, der seinerzeit in der Debatte aufkam, war allerdings negativ und hat mich vermuten lassen, dass zu gegebener Zeit das Ganze wieder passieren könnte.

Jetzt, nicht einmal ein halbes Jahr später, kommt eine unheilige Allianz mit einem weiteren perfiden Antrag zu dieser Thematik um die Ecke. Dass Grüne und Linke den Lobbyisten von Attac und ähnlichen Organisationen blind hinterher rennen und gefügig deren undurchsichtige Interessen im Kampf gegen CETA und TTIP transportieren, war mit klar. Dass sich die SPD dafür mittlerweile auch hergibt, finde ich äußerst bedenklich. Anträge wie diese führen zu Politikverdrossenheit. Sie spielen aus rein populistischen Gründen mit den Ängsten der Bürger.

Man kann gegen Globalisierung sein. Man kann gegen Amerika sein. Man kann auch gegen unser demokratisches System sein. Darüber kann man diskutieren. Aber all diese Punkte undifferenziert in einen Topf zu werden und im negativen Sinne dann über Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP auszuschütten, das ist einfach nicht fair. Tatsache ist: Die Globalisierung findet statt. Wollen wir diese einfach passieren lassen oder aktiv mitgestalten? Wenn wir sie mitgestalten wollen, dann sollten wir das auch tun. Sie sollten hier vielleicht einmal genauer hinschauen.

In der Europapolitik gilt der Lissaboner Vertrag. Sämtliche nationale Parlamente haben ihm zugestimmt. Damit kann es also keinen Zweifel an dessen Legitimität geben. Dieser Vertrag regelt, dass Handelspolitik und somit auch das Abschließen von Handelsverträgen glasklar Sache der EU ist. Die Rechtslage ist nun einmal, dass im Europaparlament und im Rat über Freihandelsverträge abgestimmt wird und nicht woanders. Die Entscheidung ist dort auch gut aufgehoben, sind es dort alles frei gewählte Abgeordnete. Man stelle sich einmal vor, Entscheidungen, die verfassungsrechtlich eindeutig in die Kompetenz des Bundes fallen, würden plötzlich angezweifelt, weil die Landtage nicht mitentschieden haben. Oder es würde gefordert, eine Entscheidung des Landtags wäre erst dann demokratisch legitimiert, wenn auch alle Gemeinderäte in Baden-Württemberg zugestimmt haben. Oder eine Entscheidung von uns hier im Gemeinderat wäre erst gültig, wenn all Ortschaftsräte zugestimmt haben. Meine lieben Kollegen, so geht das nun einmal nicht. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, dass es Spielregeln gibt und entsprechende Zuständigkeiten der verschiedenen politischen Ebenen.

Die ganze Diskussion erinnert mich auch ein Stück weit an die Thematik Konzessionsrichtlinie aus den Jahren 2012 und 2013. Auch damals schon gab es einen Riesensturm im Wasserglas, als es darum ging, dass die Wasserversorgung als ein zentrales Element der Daseinsvorsorge betroffen sein könnte. Sie war es nie und sie ist es nicht. Das war auch damals schon klar. Deswegen habe ich mich auch heute Morgen über den Artikel in den BNN ziemlich gewundert.

Auch heute wird im aktuellen Kontext wieder behauptet, dass z. B. die Wasserversorgung privatisiert werden könnte oder Kommunen in Zukunft vor internationalen Schiedsgerichten verklagt werden könnten, wenn sie Wasserwerke in öffentlicher Hand behalten wollen. Dem ist nicht so. Die Europäische Kommission gewährt in allen Freihandelsabkommen, dass kommunale Monopole und Remonopolisierung genau wie die Freiheit der Inländerbegünstigung bei staatlich finanzierten Dienstleistungen, beispielsweise im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich oder zur Wasserversorgung weiterhin problemlos möglich sind. Außerdem lassen die EU-Handelsabkommen den EU-Ländern die Freiheit, alle Dienste frei zu regeln, die sie im öffentlichen Interesse erachten.

Die Debatte um CETA und TTIP muss sich von Mythen verabschieden. Argumente in der Sache müssen wieder eine Chance bekommen. CETA beispielsweise ist ein sehr gutes Abkommen. Es gewährt Marktzugang, sichert Standards, hat keine negativen Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge, und die Regelungen zu den Schiedsgerichten sind vorbildlich wie bei keinem anderen Abkommen. Ich warne davor, die Debatte weiter auf Basis von Halbwahrheiten, Behauptungen oder objektiven Lügen zu führen. Das geht schief, wie wir alle gerade beim Referendum in Großbritannien erlebt haben.

Dieser Antrag – ich komme zum Schluss, und zu dem Schluss kommt auch die Verwaltungsantwort – steht im Widerspruch zur Resolution, die wir gerade im November hier im Hause verabschiedet haben. Außerdem sind die Akteure bei der Barcelona-Erklärung nicht wirklich transparent und seriös. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab und bitten auch Sie, Herr Oberbürgermeister, denn auch wir können rechnen, wenn dieser Antrag angenommen wird, dass Sie von Ihrem Vetorecht Gebrauch machen und diesen nicht unterschreiben.

Stadtrat Marvi (SPD): Zunächst einmal zur allgemeinen Beruhigung der Verwaltung. Die Antragsteller der Fraktionen beabsichtigen natürlich nicht, den Euphemismus und die Zuspitzung TTIP-freie Zone aus der Barcelona-Kampagne wörtlich zu nehmen. Wir beabsichtigen nicht wirklich ernsthaft, geltendes Gesetz und Recht zu brechen. Es sollte einigermaßen klar sein, dass die SPD und die Grünen und all die das hier unterstützen, natürlich Parteien sind, die sich an Recht und Gesetz halten wollen. Es hat mich verwundert, wie man überhaupt zu der Unterstellung kommen kann.

Wir sehen in der so genannten Erklärung von Barcelona sehr wohl ein ernstzunehmendes Signal von Kommunen und Bürgermeistern in Gesamteuropa, sich in diese für Kommunen sehr relevante Debatte um die Zukunft der Freihandelsabkommen CETA und TTIP einzumischen. Wir stehen nach wie vor hinter den grundlegenden Sorgen und Befürchtungen, die in der interfraktionellen Resolution vom November 2015 des Gemeinderats zum Ausdruck kam. Wir müssen aber konstatieren, dass diese Befürchtungen und Sorgen weitere Nahrung bekommen haben durch neuere Entwicklungen und Erkenntnisse seit diesem November. Das Problem ist nach wie vor, dass diese Freihandelsabkommen an einer entsetzlichen Intransparenz leiden, von der sie sich wahrscheinlich im Ansehen und der Wahrnehmung der Bevölkerung auch nicht mehr werden erholen können. Leider kommen die Wahrheiten und Positionen nur scheinbar an das Licht der Öffentlichkeit. Diese sind alle im Antrag aufgeführt. Dazu gehört selbstverständlich die nicht gewollte Bekanntgabe der Verhandlungspositionen im Rahmen von

TTIP-Leaks, das Gutachten der Landesregierung und die Analyse beispielsweise unserer eigenen Stadtwerke zu den Gefährdungen, die sich daraus ergeben.

Von daher sind wir der Auffassung, dass wir uns der Barcelona-Erklärung selbstverständlich auch als Gemeinderat voll und ganz anschließen können.

Stadtrat Lancier (KULT): Über TTIP und andere Freihandelsabkommen liest und hört man in den Medien immer wieder. Jedes Mal wird uns zugesagt, dass man sich keine Sorgen zu machen brauche. Wenn man dann nachfragt, worüber man sich denn keine Sorgen machen möge, dann erhält man Dementis, der Vertragsentwurf enthalte keinerlei Klauseln, die sich auf Verbraucher oder Kommunen negativ auswirken. Und es werden Versicherungen wiederholt, die Wirtschaft werde davon profitieren, mit der vagen Aussicht, dass alle Bürger dann letzten Endes auch davon Vorteile hätten. Will man aber etwas Konkretes, Schriftliches aus dem Vertragswerk sehen, dann bekommt man bislang bestenfalls Ausschnitte, zusammen mit dem Hinweis, es sei nur vorläufig und im endgültigen Dokument sei es dann viel besser formuliert.

Das, was bislang heraus kam, war überhaupt nicht vertrauenerweckend. Das jüngste Geetere der europäischen Politik und der Bundesregierung zu CETA stärkt das Misstrauen. Dass auch noch die Mittelstandsvereinigung nicht mehr an einen positiven Effekt dieser Abkommen glaubt, ist nun das Zeichen, dass auch wir deutlich werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, es wird hier gerne vom Konzern Stadt gesprochen. Auch wir sind Mittelständler. Wir haben für einen Teil des Managements dieser Stadt die Verantwortung übernommen. Wir sind unseren Mitarbeitern gegenüber verpflichtet und besonders unseren Kunden, die gleichzeitig unsere Wähler sind. Die Menschen dieser Stadt trinken das Wasser, das unsere Stadtwerke liefern. Wir heizen mit unserer Fernwärme, mit unserem Gas und verbrauchen unseren Strom und fahren mit unseren Straßenbahnen. Da müssen wir auch morgen und übermorgen noch bestimmen und gestalten können. Das dürfen wir uns nicht wegnehmen lassen.

Diese Sorge um die kommunale Handlungsfähigkeit hatte den weitsichtigen Teil des Gemeinderats bereits zur Verabschiedung der Resolution des Deutschen Städtetags zu TTIP geplatzt. Die Forderungen sind nun nicht groß geändert, doch hier handelt es sich jetzt um eine gesamteuropäische Aktion, die Karlsruhe sich nicht leisten kann zu ignorieren. Wir haben europäische Partnerstädte, denen wir Beispiel in manchem sind und die uns Beispiel für manches liefern können. Wir sollten uns für die Zukunft keine Optionen wegnehmen lassen. Womöglich wird Bestandsschutz für Bestehendes eingeräumt. Aber zumindest Neues müssen wir wohl gemäß diesen, von uns nicht beratenen, nicht verhandelten und schon gar nicht ratifizierten Abkommen dann grundsätzlich dem Markt überlassen.

Tatsächlich können wir von den Abkommen keine Vorteile für die Kommunen erkennen, aber eine Menge Gefahren für unsere Arbeit und für die Arbeit unserer städtischen Unternehmen. Daher sind die Forderungen für uns weiter von elementarer Wichtigkeit. Keine Eingriffe in die kommunale Daseinsvorsorge, in Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsvorsorge durch TTIP.

Außerdem wollen wir endlich mehr Transparenz, wenn die Verhandlungen nach Mandatserklärung wieder aufgenommen werden. Wir müssen deutlich machen, dass es im Interesse aller europäischen Gebietskörperschaften liegt, dass diese Abkommen CETA, TTIP, TISA nicht ohne uns und schon gar nicht gegen uns entschieden werden. Daher der Aufruf: Schließen Sie sich uns bitte alle an und stimmen Sie für die Unterzeichnung der Barcelona-Erklärung.

Stadtrat Høyem (FDP): Nur drei Zitate:

Erstes Zitat, heute in den BNN: Folgen für Wasserversorgung gravierend. Ich finde diesen Artikel gerade heute bedenklich.

Und dann in den BNN über dieses Thema, das zweite Zitat: Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist allerdings ausgenommen. EU-Mitgliedsländer können das staatliche Monopol aufrechterhalten.

Dann das dritte Zitat aus den BNN vom 07.07.2016, ein Leitartikel: Sie haben nicht verstanden, dass es bei TTIP und CETA längst nicht mehr um Sachargumente geht. Die Debatte ist hochgradig politisiert. Aber auch die Organisationen, die das Protestlager anfeuern, müssen sich Kritik gefallen lassen. Sie haben CETA zum Testfall von TTIP erklärt. In ihrer Logik ist die Blockade von CETA der erste Schritt, bevor TTIP endgültig beerdigt wird. Das ist falsch, weil die Abkommen nicht miteinander vergleichbar sind. Es legt den Verdacht nahe, dass es ihnen nicht so sehr um die Inhalte geht, sondern um das Blockieren an sich. Mit einer Rigorosität, die zuweilen an die der Populisten von der anderen Seite erinnert, ziehen sie gegen den Freihandel zu Felde. Sie füttern die Proteste derjenigen, die „denen da oben“ einen auswischen wollen. Es findet keine Differenzierung mehr statt. Argumente haben keine Chance. Dafür oder dagegen, das ist die einzige Frage. Damit wird aber ausgeschlossen, was im tiefsten Kern zu einem politischen Prozess gehört: Die Position der Gegenseite anhören, Kompromisse machen, sich durch vernünftige Gründe dazu bewegen zu lassen, seine Position zu verändern. Auch dies müssen sich die Gegner sagen lassen. Die Befürworter waren durchaus bereit, Kompromisse zu machen, etwa bei den Schiedsgerichten. Diese Beweglichkeit hat die andere Seite nicht gezeigt. Gerade für die exportabhängige deutsche Industrie, gerade im Südwesten, stehen Absatzmärkte auf dem Spiel. Freihandel schafft Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand. Wer daran glaubt, dass das Senken von Zöllen und Handelsschranken den Unternehmen hilft und den Wohlstand mehrt, sollte seine Position zum Freihandel überdenken. Wenn die EU mit Kanada kein Abkommen über den freien Handel hinbekommt, dann wird es mit keinem Land mehr klappen.

Das waren drei Zitate. Das ist das Mindeste, was ich tun kann, ohne meine Emotionen zu benutzen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Wir freuen uns sehr über den Antrag, schließlich haben wir bereits in der Gemeinderatssitzung vom 23. September 2014 – zumindest was die Ziffern 2 und 3 betrifft – praktisch denselben Antrag auf Unterbrechung der Verhandlungen über TTIP, TISA und CETA gestellt. Was uns jedoch sehr verwundert, ist der plötzliche Sinneswandel bei der SPD-Fraktion und vor allem bei ihrem Fraktionsvorsitzenden, der in der damaligen Sitzung uns vorgeworfen hat, ich zitiere aus dem Protokoll von

damals: Zum Antrag der AfD bleibt zu sagen, dass dessen Annahme ein sehr schräges Signal wäre aus der Mitte des Karlsruher Gemeinderates heraus, denn gerade wir in der TechnologieRegion, die ungemein profitieren von internationalen Wirtschaftsströmen, von transnationalen Wirtschaftsströmen, von dieser Verbindung von Kultur, Regionen und Menschen, können uns nicht dafür einsetzen, Verhandlungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten rundheraus abzulehnen. Eine solche Abschaffungspolitik wäre der glatte Wahnsinn und ist ein schlechter Einstieg Ihrerseits von der Alternative für Deutschland in die kommunalpolitische Debatte.

Also, lieber Herr Kollege Marvi, wir sind wirklich außerordentlich froh, dass Sie sich offensichtlich durch unseren so schlechten Einstieg in die kommunalpolitische Debatte dazu haben verleiten lassen, nun doch auf unsere Position umzuschwenken.

Nachdem die wesentlichen Argumente für eine Unterbrechung der Verhandlungen, eines Stopps der Ratifizierung von CETA bereits aufgeführt wurden, möchte ich mich auf die wesentlichen Punkte beschränken, die wir damals schon in unserem Änderungsantrag als Begründung aufgeführt haben. Zum einen ist ganz klar, die Geheimniskrämerei, die Intransparenz ist völlig unverständlich. Uns wird von morgens bis abends erzählt von den Regierenden in Brüssel und auch zumindest von einer Koalitionspartei in Berlin, wie toll das doch alles ist, was für tolle Auswirkungen das für uns Bürger hat. Wenn das wirklich so ist, warum wird dann das Dokument nicht als Marketingdokument verwendet? Warum geht man nicht in alle Welt und sagt, was da Tolles drin steht, damit wir Bürger sehen, welche Vorteile wir durch diese Vereinbarung haben? Es ist schon sehr merkwürdig, warum das gerade nicht getan wird.

Eines ist auch klar: Europäische Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards sind für uns nicht verhandelbar. Das ist zumindest in den Informationen, die man bekommen kann, nicht gewährleistet. Dann natürlich das Thema Schiedsgerichte. Der Kollege Konrad hat es sehr treffend angesprochen. Es gibt in Europa ausreichend wirksamen Rechtsschutz durch die ordentlichen Gerichte, die es nicht notwendig machen, Sondergerichte für ausländische Investoren hier einzuführen. Es ist Tatsache, dass gerade für mittelständische Unternehmen Schiedsgerichte das schlechteste sind, das es überhaupt gibt, weil die Kosten immens sind. Viele mittelständische Unternehmen verzichten zu klagen, wenn sie über ein Schiedsgericht gehen müssen, weil sie sich das einfach nicht leisten können. Da muss man ganz ehrlich sagen, solange hier nicht nachgebessert wird, müssen die Verhandlungen unterbrochen werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag heute voll umfänglich.

Stadträtin Zürn (Die Linke): Ich möchte zunächst das Zitat aus dem BNN-Artikel von heute, das Herr Høyem angefangen hat, weiterführen. Da heißt es: TTIP und CETA weisen eine Reihe von Lücken auf. Durch die Hintertür der Freihandelsabkommen könnte so erneut verstärkter Druck zur Liberalisierung und damit zur Privatisierung der Wasserversorgung aufkommen, so die Stadtwerke.

Ich hätte nicht für möglich gehalten, dass nach so einem Sachbeitrag der Stadtwerke heute in so einer unsachlichen Art und Weise gesprochen wird. Ich hatte eigentlich gedacht, dass das als Sachbeitrag so verstanden wird, wie es auch Herr Maier gesagt hat. Ich möchte mich bei ihm ausdrücklich bedanken. Wenn jetzt die Fachleute von unseren

Wasserwerken sagen, wir haben Sorgen, dann kann ich nicht verstehen, dass die Politik darauf mit solchen Begriffen wie „Halbwahrheiten“, „Mythen“, „Lügen“, „Unsachlich“ antwortet. Dass Herr Maier jetzt als unsachlich dargestellt wird, finde ich ziemlich hanebüchend. Ich sage das nicht deshalb, weil das in den BNN stand, sondern wir wissen doch aus dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, was für eine unglaublich gute Arbeit unsere Stadtwerke leisten und das u. a. weil sie öffentlich sind. Das müssen wir erhalten. Ich nehme solche Kritik von den Fachleuten unserer Verwaltung unheimlich ernst. Die wissen sehr genau, wovon sie sprechen.

Es ist aus meiner Sicht genug gesagt worden über die Nachteile dieser Freihandelsabkommen. Ich habe die Hoffnung, dass wir heute ein Signal setzen. Ich sehe es so, dass die Fachleute sich an uns wenden, an die politischen Vertreterinnen und Vertreter, wenn sie Handlungsbedarf sehen, nicht nur irgendwo auf der Ebene des Städtetags oder auf der Bundesebene, sondern sie sehen Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene. An wen sollen sie sich sonst wenden? Ich würde dem folgen und sagen, da sind politische Entscheidungen von uns notwendig.

Es sind übrigens 40.000 Menschen, die sich an einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht beteiligen. Die beklagen nicht nur die Gefahr für die Daseinsvorsorge, die von diesen Freihandelsabkommen ausgeht, sondern sie sagen, die Demokratieprinzipien werden verletzt. Also sind diese Freihandelsabkommen auch in ganz starkem Maße ein Demokratiethema. Deswegen gehört es auch hierher. Deswegen hoffe ich, dass wir eine Mehrheit zustande bekommen, dieser Barcelona-Erklärung zuzustimmen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte der Kollegin Zürn für das Stichwort Demokratie danken. Ich rede hier nicht nur als Freier Wähler, sondern auch als Mitglied und aktiver Streiter des Vereins Mehr Demokratie. Der Verein Mehr Demokratie verfolgt dieses Projekt TTIP, CETA und andere schon sehr lange und sehr kritisch.

Viele Bürger, auch aus Bayern, wo auch die Freien Wähler aktiv sind, haben durch diese Scheibchenweise Salomitaktik der Offenbarung der Inhalte dieser Blätter auch uns gebeten, aktiv Stellung zu nehmen. Deshalb ist dieser Antrag, der hier gebracht wird, ein Zeichen der politischen Vertreter, dass wir die Sorgen der Bürger ernst nehmen. Was dieser Antrag hier fordert, ist meiner Meinung nach überhaupt nicht abzulehnen. Wir müssen diesem Antrag folgen. Das werde ich hier auch tun. Denn man will nur sicherstellen, dass unsere Daseinsvorsorge, dass unser Eingriff in die Kommunen, dass der Mittelstand, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihren Rechten nicht eingeschränkt werden. Wir können als politische Parteien und gewählte Vertreter dem gar nicht entgegen wirken. Ich sehe in diesem Antrag keinen Widerspruch zu den bisher getroffenen Beschlüssen hier im Gemeinderat. Deshalb meine Zustimmung.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Ich möchte noch einmal ausdrücklich auf die Stellungnahme der Verwaltung hinweisen, die die Frage stellt, ob es von der Befassung und von den juristischen Konsequenzen her überhaupt möglich ist, solche Beschlüsse hier zu fassen.

Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, dass wir jetzt schon von den Akteuren, die dahinter stehen, die keiner so genau kennt, als TTIP-freie Gemeinde auf

irgendwelchen europaweiten Kampagnen geführt werden, obwohl wir das noch gar nicht beschlossen haben.

Ich möchte drittens darauf hinweisen, dass eines nicht geht, dass man sagt, man soll aussetzen und gleichzeitig, man soll richtig verhandeln. Entweder verhandelt man oder man setzt aus. Aber man kann nicht beides machen. Insofern widersprechen Sie sich zum Teil.

An der Stelle gehen Sie weit über das hinaus, was wir hier schon als Konsens hatten, dass wir nämlich unsere Forderungen einbringen. Man muss dieser europaweiten Diskussion, das sage ich in aller Anerkennung, zugute halten, dass es mittlerweile dadurch zu einer Transparenz und auch zu einer öffentlichen Diskussion gekommen ist, wie ich das bisher bei noch keinem dieser Vorgänge je erlebt habe.

Jetzt geht es in der Barcelona-Erklärung vom Wortlaut her zunächst einmal nicht um eine TTIP-freie Kommune. Wobei das unter dem Dach dieser Aktion läuft. Ich werde, je nachdem, wie Sie sich heute entscheiden, dann einmal schauen, wie uns im Städtetag empfohlen wird, mit diesen Themen umzugehen. Denn mir ist im Moment noch nicht so ganz klar, ob ich dann nicht eventuell sogar Widerspruch einlegen muss. Aber das müssen die Juristen auf einer anderen Ebene entscheiden.

Ich würde es sehr bedauern, so steht es auch in unserer Stellungnahme, wenn man jetzt auf der einen Seite Transparenz fordert und mehr Beteiligung an Verhandlungen, auf der anderen Seite aber dann die Verhandlungen zu einem Zeitpunkt abbrechen will, wo diese Transparenz mit großer Mühe endlich zunehmen hergestellt wird. Das halte ich auch taktisch für das falsche Signal. Das sage ich hier ausdrücklich, wiewohl ich alle anderen Ängstlichkeiten und auch Unzufriedenheiten und auch Undurchschaubarkeiten nachvollziehen kann. Aber ich finde, wir waren gerade auf einem ganz guten Weg. Da jetzt, wo für mich nicht erkennbar ist, was sich seit der letzten Resolution geändert hat, zu sagen, wir brechen das jetzt ab, oder Sie empfehlen, es abubrechen, ist für mich nicht so ganz nachvollziehbar.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Der Antrag steht zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. Bei 17 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
3. August 2016